

Studie zum Luxemburger Steuersystem

„Es wird ernst“

Mouvement écologique fordert ökologisch-soziale Steuerpolitik

VON MICHÈLE GANTENBEIN

Das Mouvement écologique fordert, und das nicht zum ersten Mal, eine nachhaltige Steuerreform, die den ökologischen Herausforderungen der heutigen Zeit Rechnung trägt. Eine Studie, die die Vereinigung in Auftrag gegeben hat, offenbart die Schwachstellen des Luxemburger Steuersystems und gibt Empfehlungen für eine ökologisch-soziale Steuerpolitik.

Blanche Weber hat in ihren Schubläden gewühlt und ist fündig geworden. „Bereits 1998 haben wir eine nachhaltige Steuerreform gefordert und entsprechende Vorschläge gemacht“, sagte gestern die Präsidentin des Mouvement écologique bei der Pressekonferenz zur Studie über die Luxemburger Steuerpolitik, die die Organisation beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (Fös) in Auftrag gegeben hat.

Passiert ist bis heute nichts. Doch jetzt steht wieder eine Steuerreform an. Blanche Weber nannte sie „das Glaubwürdigkeitsstück der Regierung“. Das Mouvéco vermisst in der Diskussion um die richtigen Weichenstellungen in der Steuerpolitik Überlegungen in Richtung nachhaltige Entwicklung. Mit der Studie, die gestern auch im Rahmen einer öffentlichen Konferenz u.a. mit Politikern, Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- sowie Vertretern des Nachhaltigkeitsrats diskutiert wurde, möchte das Mouvéco einen Denk- und Diskussionsprozess in Gang bringen. Nachhaltigkeit statt immer nur Mittelstandsbuckel.

Arbeit wird zu stark besteuert

Doch zurück zur Studie. Sie kommt zum Schluss, dass die Luxemburger Steuerpolitik den ökologischen Herausforderungen der heutigen Zeit nicht gerecht wird. So trägt der Faktor Arbeit heute über 50 Prozent der Steuerlast (2000: 43,2 Prozent), die Kapitalbesteuerung macht nur noch knapp ein Fünftel aus (siehe Grafik), derweil die Besteuerung von umweltschädlichen Aktivitäten und Ressourcenverbrauch nur knappe 5,3 Prozent der Steuereinnahmen ausmachen. Über die Jahre, so die Studie, sei der Anteil an Umweltsteuern in Luxemburg immer weiter zurückgegangen und heute im Vergleich zu den anderen EU-Staaten sehr gering.

Die Steuerpolitik sei auf eine fossile und CO₂-intensive Wirt-



schaft ausgerichtet, heißt es weiter in der Studie. Das bedeutet, dass die Steuerpolitik im Zusammenhang mit dem Erreichen nationaler und internationaler Klimaziele kontraproduktive Anreize setzt. Der Staat lenkt demnach in die falsche Richtung.

„Momentan hört man kaum Stimmen in Richtung Nachhaltigkeit. Die Grundlage hierfür muss erst noch geschaffen werden.“

Blanche Weber

Alexander Mahler vom Fös meinte, dass Luxemburg unter den gegebenen Umständen seine Klimaziele, wie viele andere EU-Staaten auch, sehr wahrscheinlich

nicht erreichen werde. Das kann man ändern. Laut den Autoren der Studie besteht in Luxemburg ein großes Potenzial, die Rahmenbedingungen in der Steuerpolitik in Richtung ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Effizienz zu verändern. Wenn die Politik dazu bereit ist.

Heute trifft sich das Mouvéco mit Finanzminister Pierre Gramigna, um über die Studie und die Forderungen der Umweltschutzorganisation zu diskutieren. Ob die Steuerreform, die Ende April beim Etat de la nation vorgestellt wird, am Ende auch eine grüne Handschrift tragen wird, bleibt abzuwarten. Für die Mouvéco-Präsidentin könnte der Zeitpunkt für eine ökologisch ausgerichtete Steuerreform dringender nicht sein. „Es wird ernst“, so Blanche Weber.

Regierung muss umdenken

Sie forderte die Regierung dazu auf, die Empfehlungen aus der Studie (siehe Kasten) zu beherzigen, und mit einer Umverteilung der zusätzlichen Steuereinnahmen eine sozial gerechte Politik im Interesse der benachteiligten und einkommensschwachen Familien zu gestalten. „Für uns ist das eine essenzielle Forderung“, so Blanche Weber. Insgesamt möchte das Mouvéco eine öffentliche Diskussion über die Verwendung der Einnahmen anstoßen, „zum einen, weil es darum geht, mit den Geldern eine bessere Politik zu machen, zum anderen weil nur so die gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen sichergestellt werden kann“.

Eckdaten zur Steuerpolitik und Empfehlungen

Das Luxemburger Steuersystem setzt falsche Anreize, die das Erreichen nationaler und internationaler Klimaziele behindern. Arbeit wird zu stark, Umweltbelastung und Kapital nicht genügend besteuert. Will Luxemburg seine Klimaziele erreichen, den Landesverbrauch reduzieren, den Anteil an erneuerbaren Energien steigern, den CO₂-Ausstoß senken oder auch vermehrt auf biologische Landwirtschaft setzen, muss die Politik in eine andere Richtung lenken und die Steuer- und Finanzpolitik

anders ausgestalten. Die Studie empfiehlt deshalb den Abbau von umweltschädlichen Subventionen – sie belasten den Staatshaushalt und führen zu Wettbewerbsverzerrungen – und schlägt den vermehrten Einsatz von Umweltsteuern vor (Energiesteuer, Dieselbesteuerung, Dienstwagenbesteuerung, Pestizidsteuer, CO₂-Steuer usw.). Diese Maßnahmen würden den Staatshaushalt entlasten und neue Freiräume für eine Umschichtung der Steuerlast schaffen. (mig)